



Nr. 20

31. Mai 2024

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Am 25. Juni 2024 in Köln:

[dbb Symposium "Arbeitszeit neu gedacht"](#)

Aufruf

[Fandrejewski zur Europawahl: „Nutzt Eure Stimme!“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

[Empörung über Nachtragshaushalt der Landesregierung](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ

[Entlastung für Zoll und Hobbybrauende begrüßt](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Am 25. Juni 2024 in Köln: **dbb Symposium "Arbeitszeit neu gedacht"**

**Unter dem Titel „Arbeitszeit neu gedacht“ richtet der dbb ein Symposium rund um das Thema Arbeitszeit aus. Anmeldungen können jetzt erfolgen.**

Nicht erst seit der Tarifeinwanderung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) mit der Deutschen Bahn ist die Arbeitszeit in aller Munde. Das Thema wird in allen Bereichen und unter ganz unterschiedlichen Aspekten verstärkt diskutiert – seien es die hohen Belastungen durch Schicht- und Wechsel- schichtarbeit, Überstunden und Verdichtung der Arbeit oder die großen Herausforderungen der Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Pflege. Zudem ist zu beobachten, dass Nach- wuchskräfte und andere Beschäftigte die Ar- beitgebenden verstärkt danach beurteilen, was diese im Hinblick auf die Arbeitszeit anbieten, ob beispielsweise die Möglichkeit zu Home- office und mobiler Arbeit oder ein gewisses Maß an Arbeitszeitsouveränität für die Be- schäftigten besteht. Mit Fachvorträgen aus wissenschaftlicher Sicht und einer Experten- diskussion wird der dbb im Rahmen seines Symposiums das Thema Arbeitszeit von allen Seiten beleuchten.

Die Veranstaltung findet am 25. Juni 2024 von 10.30 Uhr bis circa 16 Uhr in Köln im Dorint Hotel am Heumarkt statt. Es wird ein Kosten- beitrag von 99 Euro erhoben. Aus dem Pro- gramm: Vortrag von Johanna Nold, Bundesan- stalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin: „Ge- sundheitliche Anforderungen an moderne Ar- beitszeitregelungen aus wissenschaftlicher Sicht“; Vortrag von Dr. Norbert Huchler, Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF): „Beispiele moderner Arbeitszeitregelungen – Chancen und Risiken“; Diskussionsrunde zum Thema „Arbeitszeit und Tarifpolitik“ mit dbb Chef Ulrich Silberbach, VKA Hauptgeschäfts- führer Niklas Benrath und TdL Geschäftsführer Markus Geyer.

Auf der dbb-Internetseite gibt es das komplette [Programm des Symposiums als PDF](#) sowie ein [Anmeldeformular](#).

## Aufruf

### **Fandrejewski zur Europawahl: „Nutzt Eure Stimme!“**

**Vor der Europawahl am 9. Juni mahnt der Bundesvorsitzende der dbb jugend vor einem drohen- den Rechtsruck. Dieser hätte fatale Konsequenzen.**

„Politische Kräfte, die demokratische Rechte aushöhlen, Sozialprogramme kürzen und den Einfluss der Gewerkschaften einschränken wollen, dürfen auf keinen Fall die Oberhand gewinnen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vor- sitzender der dbb jugend, auf einer Veranstal- tung der CESI am 28. Mai 2024. „Nutzt Eure Stimme und wählt pro-europäisch!“

Als gewerkschaftliche Dachorganisation in Brüssel setzt sich die CESI intensiv mit der Wahl am 9. Juni 2024 auseinander, im Rah- men des Projekts #WeEP24. Die aktuelle Ver- anstaltung fand unter dem Titel „Deine Stimme, Dein Europa: Die Zeit ist jetzt“ statt. In seiner Rede vor mehr als 250 Teilnehmenden aus zwölf Staaten betonte Fandrejewski, der auch Vorsitzender der CESI Youth ist, die Be- deutung der Wahl: „Mit unserer Stimmabgabe

bei den Europawahlen 2024 können wir als Gewerkschaften dazu beitragen, eine poli- tische Landschaft zu gestalten, die unsere Werte und Ziele unterstützt. Dass die Rechte von Arbeitnehmenden, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Fairness Vorrang vor extre- mistischen Agenden haben.“

Angesichts der zunehmenden Unzufriedenheit, die vor allem auch junge Menschen betrifft, for- derte Fandrejewski die Parteien der Mitte ein- dringlich zum Handeln auf: „Schaffen Sie fairen Zugang zu Bildung und bezahlbaren Wohn- raum. Investieren Sie mehr in die Jugendar- beit. In Orte, an denen die Bedeutung unserer Demokratie deutlich wird. Und in Strukturen, die es jungen Menschen ermöglichen, sich frei- willig zu engagieren!“

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Hessen

### **Empörung über Nachtragshaushalt der Landesregierung**

**Der dbb Hessen zeigte sich am 24. Mai 2024 empört darüber, dass im Nachtragshaushalt des Finanzministers keine weitere Annäherung an eine verfassungskonforme Besoldung vorgesehen ist.**

Der dbb hatte zuvor gefordert, dass separat von der Übertragung des Tarifiergebnisses noch im Jahr 2024 weitere lineare Anhebungsschritte auf den Weg gebracht werden müssen. „Und da ist der Nachtragshaushalt 2024 exakt die passende Gelegenheit. Denn die Alimentation ist nach wie vor verfassungswidrig“, erklärte der dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt.

Es habe bereits vor der Landtagswahl eindeutige Zusagen gegeben und im Koalitionsvertrag stehe eine unmissverständliche Festlegung von CDU und SPD („Deshalb setzen wir den eingeschlagenen Weg zur Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben in weiteren Schritten entschieden fort“). Schmitt: „Dass mit dem nun vorgestellten Nachtragshaushalt in einige politische Schwerpunktsetzungen der neuen Koalition investiert werden soll, während der Zustand gravierend verfassungswidriger Unteralimentation weiter hingeschleppt wird, kann nur als Kampfansage an den dbb Hessen und die hessische Beamtenschaft insgesamt verstanden werden.“ Denn mit den im Herbst

anstehenden Haushaltsberatungen für 2025 kündigte der Finanzminister bereits Einsparmaßnahmen an.

Zwar befindet sich derzeit das Gesetz zur Übertragung des Tarifiergebnisses für den hessischen öffentlichen Dienst (TV-H) auf die Beamtinnen und Beamten in der parlamentarischen Befassung, erläuterte Schmitt weiter. Es regle jedoch ausschließlich die Inflationsausgleichszahlungen in 2024 sowie die beiden linearen Anpassungsschritte zum 1. Februar und zum 1. August 2025. Mit dieser bisher vorgesehenen Gesetzgebung würde die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in den unteren Besoldungsgruppen auch nach dem 1. August 2025 noch um etwa 22 Prozent unter dem verfassungsrechtlich vorgegebenen Mindestniveau liegen. „Das jedoch kann im dann 13. Jahr verfassungswidriger Unteralimentation keinesfalls hingenommen werden. Dass gerade im 75. Jahr des Grundgesetzes die hessische Landesregierung diese Verpflichtung offenbar weiterhin nachrangig behandeln will, brüskiert uns außerordentlich“, so Schmitt.

## **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ Entlastung für Zoll und Hobbybrauende begrüßt**

**Die Bundesregierung plant mit dem Jahressteuergesetzes 2024 eine Reform des Biersteuergesetzes, die Haus- und Hobbybrauenden deutliche Erleichterungen bringen wird. Kern der Neuregelung ist die Erhöhung der steuerbefreiten Menge von bisher 2 Hektolitern auf nun 5 Hektoliter pro Jahr und Haushalt. Darüber hinaus entfällt die bisher geltende Anzeigepflicht komplett. Dies sei ein richtiger Schritt in Richtung Bürokratieabbau, hieß es am 30. Mai 2024 vom BDZ.**

Die Änderungen bedeuten eine spürbare Entlastung sowohl für die privaten Brauerinnen und Brauer als auch für die zuständigen Hauptzollämter. Bislang müssen Hobbybrauende den Beginn der Herstellung und den Herstellungsort dem Hauptzollamt vorab anzeigen und darin auch die Biermenge angeben, die voraussichtlich innerhalb eines Kalenderjahres erzeugt wird. Darüber hinaus ist bislang für jede bereits über 2 Hektoliter hinausgehende Menge eine Steueranmeldung einzureichen.

„Wir begrüßen die geplante Neuregelung ausdrücklich“, erklärt der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel. „Die Bearbeitung der Brauanzeigen und Steueranmeldungen war für die Hauptzollämter sehr arbeitsintensiv. Durch den Wegfall dieser Formalien können die knappen Personalressourcen nun sinnvoller eingesetzt werden.“

Der Wegfall der Anzeigepflicht ist der vorläufige Höhepunkt einer jahrelangen Entwicklung hin zu einer Entbürokratisierung in diesem Bereich. Bereits 2014 wurden erste Schritte in

diese Richtung unternommen. Damals wurde festgelegt, dass für Haus- und Hobbybrauende, die mehrmals im Jahr Bier brauen, in der Regel nur noch eine jährliche Brauanzeige statt einer Anzeige pro Brauvorgang nötig ist. Im gleichen Zuge wurde 2014 das Formular 2070 – die jährliche Eingangsbestätigung – eingeführt. Dieses diente nicht nur der Dokumentation des Anzeigeeingangs, sondern informierte die Brauenden auch über ihre Identifikationsnummer, unter anderem um Mehrfacheinfassungen zu vermeiden, und erläuterte die Voraussetzungen für die Steuerbefreiung. Das hatte bereits einige Rückfragen verringern und für mehr Klarheit auf beiden Seiten sorgen können. Der gänzliche Wegfall der Brauanzeige erspart nun auch den restlichen diesbezüglichen Aufwand.

Der BDZ betont für den gesamten Bereich der Einnahmeverwaltung, dass ein konsequenter

Bürokratieabbau Kapazitäten für wichtigere Aufgaben bei Prüfungen und Kontrollen freisetzen sollte. Daher begrüße man die vorgesehenen Änderungen bei der Biersteuer, betonen aber auch die Notwendigkeit stichprobenartiger Überprüfungen zur Wahrung der Steuergerechtigkeit. Denn der Wegfall der Anzeigepflicht und der damit verbundenen Diskussionen bedeuten im Umkehrschluss auch, dass die Hauptzollämter die Haus- und Hobbybrauenden zukünftig im Einzelnen nicht mehr kennen und auch nicht auf ihre Verpflichtungen und das geltende Recht hinweisen können. Daher betont Liebel, dass die sinnvolle Entlastung der Zollbehörden nicht zu Lasten der Steuergerechtigkeit gehen dürfe. „Die steuerfreie Grenze von 5 Hektoliter pro Jahr und Haushalt erscheint vertretbar. Allerdings muss der Prüfungsdienst in der Lage sein, stichprobenartig zu kontrollieren, ob diese Menge nicht überschritten wird.“

## ***Namen und Nachrichten***

Der **dbb rheinland-pfalz** (dbb rlp) wird seinen Gewerkschaftstag am 4. und 5. Juni 2024 in Mainz durchführen. Der Gewerkschaftstag ist das oberste Organ des dbb rlp und tritt regelmäßig alle fünf Jahre zusammen. Die gut 200 stimmberechtigten Delegierten sind nicht nur zuständig für die Festlegung der Grundsätze der berufspolitischen Arbeit, sondern auch für die Wahl der Gewerkschaftsspitze. In diesem Jahr feiert der Verband gleichzeitig sein 75-jähriges Bestehen. Erwartet werden zahlreiche Gäste aus Politik und Gesellschaft, allen voran Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Die Festansprache wird der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach halten.

Der **tbb beamtenbund und tarifunion thüringen** geht davon aus, dass der Thüringer Landtag sich im Juni-Plenum mit dem Gesetzentwurf zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung im Land abschließend befassen wird. Das entsprechende Gesetz wurde bereits

im April in den Landtag eingebracht. Dort liegt es derzeit im zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss (HuFa). Aktuell rechnet man beim tbb damit, dass der HuFa am 31. Mai 2024 zu einer Beschlussempfehlung an den Landtag kommen wird und der Gesetzentwurf damit im Juni-Plenum abschließend behandelt wird.

Am 28. Mai 2024 hat der Vorsitzende des **dbb bremen** ein Gespräch mit Henrike Müller, der Fraktionsvorsitzenden der Grünen in der Bremer Bürgerschaft, geführt. Thema war unter anderem die kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zur Hasskriminalität und rechter Gewalt im Land Bremen für das Jahr 2023. Eine Antwort liegt noch nicht vor, wird aber dem dbb Landesbund nach Erhalt zugestellt, so die Absprache. Auch die personelle Gesamtsituation im öffentlichen Dienst des Landes im Land Bremen, etwa bei der Polizei oder beim Finanzamt für Außenprüfung, wurde besprochen.

**Termine:**

3. Juni 2024

**dbb dialog – Einigkeit und Recht und Freiheit: 75 Jahre Grundgesetz  
Web-Talk anlässlich des 75. Jubiläums des Grundgesetzes**

Weitere Informationen unter [dbb.de/dialog](https://dbb.de/dialog)

25. Juni 2024

**dbb Symposium – Arbeitszeit neu gedacht**

26. Juni 2024

**Veröffentlichung dbb Bürgerbefragung 2024**

---